

W
Kamitz
M. P. ...
P r o t o k o l l

der Koalitionsbesprechung am Donnerstag, dem 11. Juni 1959, 11,20 Uhr (auf Wunsch der ÖVP wurde die Sitzung von 11 Uhr auf einige Zeit verschoben) im kleinen Ministerratssitzung im Bundeskanzleramt.)

Anwesend:

Ö V P : Ing. Raab, Dr. Maleta, Dr. Gorbach, Dr. Kamitz, Weinberger, Kraus, Prinke.

S P Ö : ODr. Pittermann, Helmer, Ing. Waldbrunner, Olah, Dr. Kreisky, Slavik und Probst.

R a a b

eröffnet, begrüsst und spricht die Hoffnung aus, dass wir nunmehr in friedliche Verhandlungen eintreten. Man soll den schweren Beschuss einstellen. Er fordert Kamitz auf, festzustellen, was alle Forderungen kosten.

Weitere Erklärungen, ^{die} ~~die~~ der Feststellung Raabs, wegen des besseren Verhandlungsklimas, werden von uns nicht abgegeben.

K a m i t z:

Er habe eine ungefähre Aufstellung gemacht, wie sich ihm die Kosten der Forderungen darstellen:

14. Monatsgehalt	1,2 Milliarden S
Wohnungsbau	1 " "
Gewerbesteuerreform	200 Millionen S
Krisenfonds	400 " "
Gesundheitsdienst	500 " "
Sozialpolitik (auf Grund bestehender Gesetze)	400 " "
für Ausgleichszulagen	300 " "
Kriegsopferforderungen	630 " "
für politisch Verfolgte	500 " "
<u>das macht also rund</u>	<u>5,1 Milliarden S aus.</u>

dazu kommen noch; wie Kamitz feststellt 1 Milliarde S für sozialpolitische Forderungen, von denen er von Proksch nichts genaueres erfahren konnte.

R a a b

fügt hinzu, dass der kommende Finanzminister wissen muss, was die Forderungen ausmachen. In vier Jahren wird also ein Budgetplus von rund 3 Milliarden S dazukommen.

S l a v i k

wendet nach einer kurzen Debatte sofort ein, dass die Aufstellung von Kamitz übertrieben ist und einer Prüfung nicht standhalten kann.

P r i n k e r

Wir wollen klar stellen, dass sich das Budget damit jährlich ausweitete.

P i t t e r m a n n

verweist, dass man in diesem Zusammenhang auch die Verwaltungsreform in Angriff nehmen muss.

R a a b:

Wir haben schon einmal in früherer Zeit ein Gesetz gehabt, um Beamte versetzen zu können.

P r o b s t

verweist darauf, dass eine Kommission notwendig wäre, um beispielsweise auch die Gesetze zu vereinfachen.

S l a v i k

stellt fest, dass, seitdem Kamitz Finanzminister ist, ~~das~~ sich das Budget seit etwa sechs Jahren um 100 % vergrößert habe und dass seit dieser Zeit die ständige Ausweitung des Budgets eingetreten ist. D.h. also, eine jährliche Ausweitung um 15 %. Wir müssen uns auf den Grundsatz der etappenweisen Erfüllung einigen.

R a a b:

Das Unterrichtsministerium wird auch mit der Forderung nach Schulbauten kommen.

K a m i t z

stellt die Frage, woher das Geld zu nehmen ist. Er weiss es nicht.

W e l d b r u n n e r:

Die öffentlichen Angestellten, das weiss er von seinen Verhandlungen, wünschen vier halbe Gehälter im Jahr.

P i t t e r m a n n:

Verweist, im Zusammenhang mit den Verhandlungen mit den öffentlichen Angestellten auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes, wonach wir jetzt zwei Gewerkschaften haben, die einen Anspruch auf Verhandlungspartnerschaft erheben werden.

W a l d b r u n n e r

stellt fest, dass er diese neuen Beamtenvertreter noch nie empfangen hat und auch nie empfangen wird. Der Bundeskanzler und der Finanzminister sollten sie aber auch nicht empfangen.

Es entspinnt sich eine D e b a t t e über die Auszahlung der 20 und 30 % auf den 14. Monatsgehalt bei der Gemeinde Wien.

R e a b:

Das Finanzministerium wird nunmehr, nach allen vorliegenden Vorschlägen eine Gehaltseinzahlungsstelle sein.

P i t t e r m a n n:

Die Etappen für die Erfüllung der Forderung der öffentlichen Angestellten müssten ins Regierungsprogramm kommen.

Die D e b a t t e geht leicht hin und her, wird auch zum Teil über Schönbauer geführt, und es wird am Schluss vereinbart, am Freitag, dem 12. Juni, um 10 Uhr, weiter zu verhandeln.

